Aus den Verhandlungen des Schweizerischen Bundesrathes.

(Vom 8. Mai 1858.)

Mit Rücksicht auf bessere Bewirthschaftung der Hochgebirgswaldungen beschloß der Bundesrath, was folgt:

1) Es hat eine Untersuchung des Zustandes der Hochgebirgswaldungen, so weit dieselben mit den Hauptflußsystemen der Schweiz zusammenhängen, statt zu finden.

2) Für diese Untersuchung wird folgende Instruktion ertheilt:

I. Die Untersuchung erstreckt sich auf diejenigen Hochgebirgswaldungen, welche in die Flußgebiete des Rheins, des Inn, der Linth, der Reuß, der Aare und Saane, der Rhone und des Tessin, so wie auf die wesentlichen Flußgebiete der Juragewässer fallen.

II. Die zu beantwortenden Fragen sind:

a. Welches ist der jezige thatsächliche Zustand der Gebirgswaldungen? Welche Bewirthschaftungsweisen und welche Vernachlässigungen haben statt?

b. Welchen Einfluß hat dieser Zustand auf das Zerreißen der Gebirgshalden, auf das Anschwellen der Bäche und Flüsse, so wie auf die Geschiebführungen? Entsteht daraus Gefahr für die unten liegenden Thalschaften und Geschiebe?

c. Was wird in den betreffenden Kantonen für die Erhaltung der Gebirgswaldungen geleistet? Welche Gesetze oder Verordnungen bestehen in Bezug auf die Forstwirtschaft und Forstpolizei? Hat die Regierung ein Recht zum Einschreiten, und in welchem Maße? Werden die Verordnungen und Gesetze wirklich gehandhabt? Welches sind die Eigenthums- und Nuzungsverhältnisse? Sind befolgte, sachverständige Förster vorhanden?

d. Was sollte in den betreffenden Kantonen im Interesse der Erhaltung und Neufung der Gebirgswaldungen wirklich geschehen?

e. Welche gemeinsamen Vorschriften und Maßnahmen könnten und sollten im Interesse sämmtlicher, an der Frage beteiligter Kantone angestrebt werden?

3) Als Experten zur Prüfung und Begutachtung des forstwissenschaftlichen und geologischen Theiles der Frage werden ernannt:

die Herren Marchand und Landolt, Professoren der Forstwissenschaft am eidg. Polytechnikum in Zürich;

Herr Escher von der Linth, Professor der Geologie an der gedachten Anstalt.

4) Für die Untersuchung der wasserbaulichen Frage, welche in dem Auftrage der Bundesversammlung vom 29. Juli 1857 (V, 574, Ziff. 3) liegt, werden als Experten bezeichnet:

die Herren Hartmann und Culmann, ersterer Oberingenieur in St. Gallen, und letzterer Professor für Ingenieurwissenschaften am eidg. Polytechnikum in Zürich.

5) Beide Abtheilungen der ernannten Experten haben sich, so weit es zur Erfüllung ihrer Aufgabe nöthig erscheint, in's Einverständnis zu setzen.

6) Den Kantonen, deren Gebiet berührt wird, ist von der Anordnung dieser Untersuchung, so wie von den Namen der Experten, Kenntniß zu geben, und es sind dieselben gleichzeitig einzuladen, die Experten gut aufzunehmen und denselben unterstützend an die Hand zu gehen. Den Kantonen ist ausdrücklich zu bemerken, daß der Frage der Kompetenz und darüber, was später vom Bunde gethan werden soll, in keiner Weise vorgegriffen werde.

(Vom 10. Mai 1858.)

Der Bundesrath hat das vom Schweiz. Schulrath entworfene Regulative über Ertheilung von Stipendien aus der Châtelain-Stiftung mit einigen Abänderungen genehmigt.

(Vom 12. Mai 1858.)

Der Bundesrath hat, auf den Antrag seines Militärdepartements, für die in Folge der Konkurrenz-ausschreibung eingegangenen Pläne für eine in Thun zu erbauende neue Kaserne nachstehende Preise ertheilt:

Fr. 1000	an	Hrn. Kaspar Feuch,	Architekt in	Baden (Aargau);	
" 1000	"	"	Friedrich Hopf,	Baumeister in	Thun;
" 500	"	"	W. Egginer und	Hrn. Alfred Zschokke,	
			Architekten in	Solothurn;	
" 500	"	"	J. Bay,	Baumeister in	Münchenstein, Kantons
					Basel-Landschaft.

In Berichtigung der auf Seite 369 und 370 hievor sich findenden Anzeige, betreffend Regelung der Vergütung von Frachttaxen bei Geldsendungen, werden die bezüglichen Schlusnahmen des Bundesrathes vom 23. April 1858 hiermit, wie folgt, wiedergegeben.

1. Die Gelder, welche die eidgenössischen Behörden und Beamten versenden oder empfangen, so wie Armengelder, sind unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften von der Posttaxe befreit; hingegen ist von solchen Sendungen, wenn sie über 10 K wiegen und von der Postanstalt mit Bahnzügen befördert werden, die Bahntaxe zu vergüten.

2. Für eidgenössische Gelder, welche weder an eidgenössische Behörden und Beamten, noch von denselben, sondern unter Drittpersonen versandt werden, hat überhaupt keine Portobefreiung einzutreten.

Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1858
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	22
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.05.1858
Date	
Data	
Seite	522-523
Page	
Pagina	
Ref. No	10 002 477

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.